

Sieg für Junge Liberale

Mehrheit gegen Online-Durchsuchungen – Parteitag stellt sich gegen Vorstand

Rotenburg (wet). Kurz vor dem Ende des zweitägigen Parteitages in Rotenburg wurde es für FDP-Chef Jörg Uwe Hahn unangenehm: Eine große Mehrheit der 300 Delegierten stimmte strikt gegen die Online-Durchsuchung und damit sowohl gegen den Spitzenkandidaten Hahn als auch gegen den Vorstand insgesamt. Der Vorstand hatte im Wahlprogramm die umstrittenen Online-Durchsuchungen unter sehr strengen Voraussetzungen billigen wollen. Er schloss sich dann am Parteitag aber einem Änderungsantrag an, in dem unter anderem die Kasseler Bundestagabgeordnete Mechtild Dyckmans gefordert hatte, man solle aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht dessen Entscheidung abwarten.

WZ, 29.10.07

Stattdessen versammelten sich Hessens Liberale hinter ihrer Jugendorganisation, deren Redner sich dagegen verwahrten, ohne klare Aussage in den Wahlkampf zu ziehen. Wer gegen Online-Durchsuchungen als nicht zu akzeptierenden Eingriff in die Privatsphäre sei, müsse nicht auf das Urteil aus Karlsruhe warten, so Juli-Chef Lasse Becker. Das müssten nur diejenigen, die dafür seien und darauf warteten, dass Karlsruhe die Bedingungen formuliert. Seine Stellvertreterin Eva Scharbatke rief die »Freunde der Freiheit«, wie die Liberalen sich gerne nennen, auf, »ein Zeichen zu setzen gegen den Überwachungsstaat«. Die FDP müsse wissen, ob sie als Bürgerrechtspartei oder »als 17. Landesverband der CDU« firmieren wolle. An Ende zeigte sich die FDP wieder einig und verabschiedete das 174-seitige, in nur wenigen Punkten von den Delegierten geänderte Wahlprogramm einstimmig.

Ebenfalls einstimmig hatte sich die hessische FDP bereits am Samstag hinter die Koalitionsaussage zugunsten der CDU gestellt. Die Partei, die die sozialliberale Tradition der siebziger Jahre lange hinter sich gelassen hat, will den Anschluss suchen an die schwarz-gelbe Koalition der Legislaturperiode 1999 bis 2003. Die Alternative lautet für die Liberalen »Freiheit oder Sozialismus«, ein Motto, das die CDU 1976 (»Freiheit statt Sozialismus«) plakatiert hatte.

Dahinter steht die Warnung vor einer rot-rot-grünen Koalition in Hessen, die nach Auffassung von Hahn und dem am Samstag bejubelten FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle auch auf Bundesebene »die Dämme brechen« ließe. Die FDP kämpfe nicht dafür, dass Ministerpräsident Roland Koch im Amt bleibe, sagte Westerwelle, »wir wollen der Regierungspolitik einen liberalen Stempel aufdrücken«.